



BürgerInneninitiative gegen ein Bordell in Marburg

DIE WELT vom 14.04.13

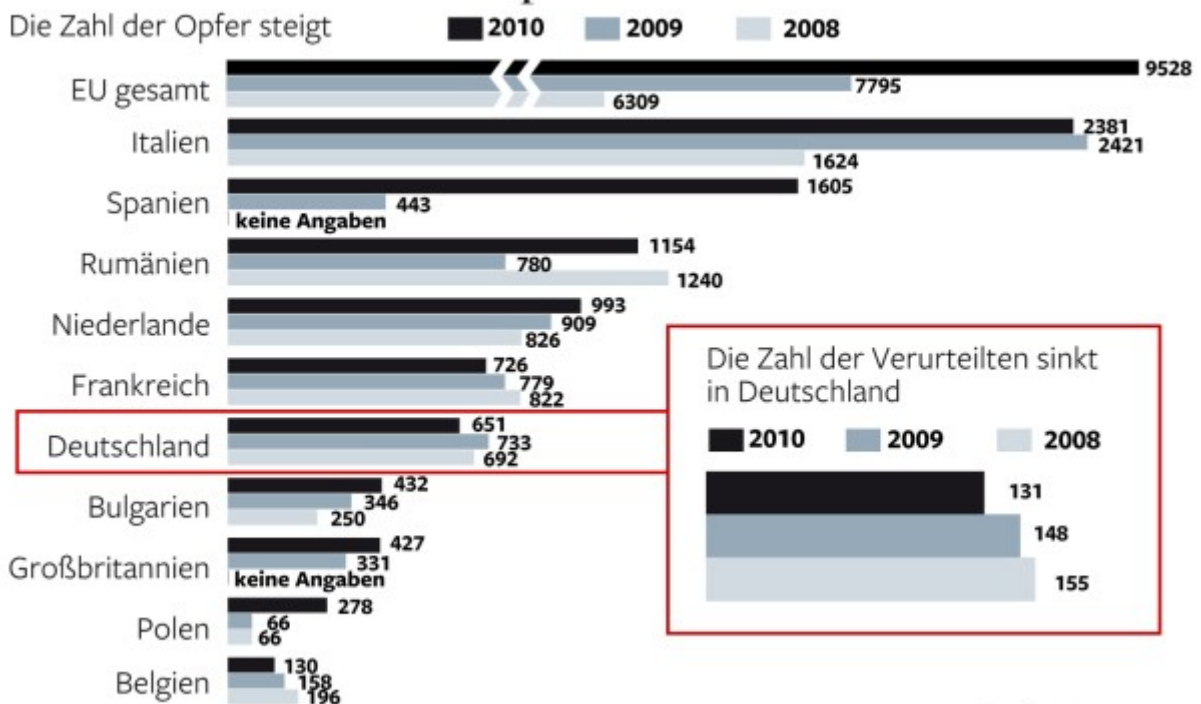
Studie

In der EU werden Menschen wie Waren gehandelt

Die erste Studie zum Menschenhandel in der EU alarmiert: Die Zahl der Opfer steigt, die der verurteilten Täter sinkt. In Deutschland verhindert ein Koalitionsstreit ein schärferes Strafrecht. Von Simone Meyer und [Silke Mühlherr](#)

Menschenhandel in Europa

Die Zahl der Opfer steigt



Quelle: Eurostat

Foto: Infografik Die Welt [Bild teilen](#)
Bild teilen

Weiterführende Links

- [Menschenhandel: Wie ein Gesetz gegen Zwangsprostitution verkümmert](#)
- [Zwangsprostitution: Deutschland ist ein Paradies für Menschenhändler](#)
- [Moderne Sklaverei: Bundesregierung von Menschenhandel überfordert](#)
- [Frauenhandel: Betreuungsstelle hilft Zwangsprostituierten](#)

Themen

- [Menschenhandel](#)
- [Europäische Union](#)

Immer mehr Menschen in der Europäischen Union (EU) werden als Prostituierte, Zwangsarbeiter oder Bettelkinder ausgebeutet. Das ist das Ergebnis der ersten umfassenden Studie der EU zu dem Thema, die der "Welt" exklusiv vorliegt.

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström wird den Bericht am Montag in Brüssel vorstellen. Demnach ist die offizielle Zahl der Opfer von Menschenhandel zwischen 2008 und 2010 um rund 50 Prozent gestiegen: von 6309 auf 9528 im Jahr.

Der Studie zufolge schaffen es die EU-Mitgliedsländer – inklusive Deutschland – offenbar nicht, das Problem der organisierten Kriminalität in den Griff zu bekommen. Die Zahl der verurteilten Menschenhändler ist in den Berichtsjahren um 13 Prozent gesunken, von 1534 (2008) auf 1339 (2010).

In Deutschland gingen die Verurteilungen in dieser Zeit sogar um 15 Prozent zurück, von 155 auf 131. Strafverfolger und Ermittler kritisieren tatsächlich seit Jahren, dass sie oft wenig in der Hand haben, um Täter hinter Gitter zu bringen. Um die böse Absicht der Menschenhändler zu belegen, muss in Deutschland das Opfer vor Gericht aussagen. Gerade bei Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden, kommt das allerdings selten vor, weil ihre Peiniger die Opfer und ihre Familien bedrohen.

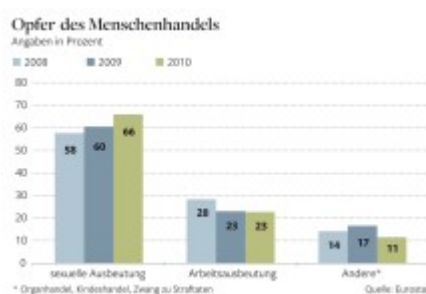


Foto: Infografik Die Welt

Streit zwischen Innen- und Justizministerium

"Ich bin sehr enttäuscht zu sehen, dass trotz der alarmierenden Tendenzen nur wenige Länder die neue EU-Richtlinie gegen Menschenhandel umgesetzt haben", sagte EU-Kommissarin Malmström. Diese Kritik richtet sich auch gegen Deutschland.

Die Bundesregierung hat es bisher nicht geschafft, zwei Jahre alte Vorgaben aus Brüssel gesetzlich zu verankern, weil sich Union und FDP nicht auf ein schärferes Strafrecht einigen

konnten. Die entscheidenden Ministerien – Justiz (FDP), Inneres (CSU) und Familie (CDU) – sind in der Frage zerstritten.

Ein Sprecher von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sagte der "Welt", das Ministerium habe bereits vor Monaten einen Gesetzentwurf vorgelegt; dieser führe zu einer "Ausdehnung der Menschenhandelsstrafbarkeit", wie es die Richtlinie vorsehe.

Nach Informationen der "Welt" hat das CSU-geführte Innenministerium bisher keinen konkreten Vorschlag zur Umsetzung der Richtlinie vorgelegt. "Die Union will etwas völlig anderes", heißt es in Justizkreisen, "nämlich das Prostitutionsgesetz durch die Hintertür aushebeln". Dafür nehme sie in Kauf, dass die EU-Richtlinie nicht umgesetzt werden könne. "Die Bekämpfung des Menschenhandels sollte nicht als politisches Vehikel missbraucht werden." Die Koalitionsparteien streiten seit Jahren auch darüber, wie sie das 2002 von Rot-Grün eingeführte Prostitutionsgesetz nachbessern können.

"Menschenhandel ist überall um uns herum"

Die Richtlinie "2011/36/EU", in Kraft getreten am 5. April 2011, soll helfen, Menschenhandel effektiver zu bekämpfen und die Rechte der Opfer zu stärken. Die Mitgliedsländer hatten zwei Jahre Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen; bisher haben das erst fünf von 27 vollständig geschafft.

"Es ist schwer vorstellbar, dass in unseren freien und demokratischen EU-Ländern Zehntausenden Menschen die Freiheit entzogen wird, dass sie gehandelt werden wie Waren", sagte Malmström. "Doch das ist die traurige Wahrheit: Menschenhandel ist überall um uns herum, näher als wir denken." Die Kommissarin fordert nun die säumigen Staaten auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Die Vorgaben aus Brüssel umfassen zum Beispiel Änderungen im Strafrecht, die die Verfolgung der Täter erleichtern sollen, Maßnahmen zur Unterstützung von Opfern in Verfahren sowie die Prävention von Verbrechen. Die Richtlinie verlangt auch von jedem Mitgliedstaat, eine nationale Berichterstattungsstelle oder ähnliche Mechanismen einzurichten, um Daten zu sammeln und die bisherigen Schritte gegen Menschenhandel zu evaluieren. Die Niederlande und Rumänien beispielsweise haben eine solche Stelle schon eingerichtet – Deutschland nicht. Von einem solchen Plan steht auch nichts im Gesetzentwurf der Justizministerin.

68 Prozent der Opfer sind Frauen, 12 Prozent Mädchen

Laut der EU-Studie wurden von 2008 bis 2010 in Europa insgesamt 23.623 Opfer von Menschenhandel offiziell registriert. 68 Prozent waren Frauen, zwölf Prozent Mädchen, 17 Prozent Männer und drei Prozent Jungen.

Zwei von drei Betroffenen wurden zur Prostitution gezwungen (68 Prozent) – andere zu Zwangsarbeit (25 Prozent), zum Betteln, zu Straftaten oder dazu, sich ein Organ entnehmen zu lassen.

Die meisten Opfer (61 Prozent) kamen aus EU-Ländern, vor allem aus Rumänien und Bulgarien, gefolgt von Afrika (14 Prozent), Asien (sechs Prozent) und Lateinamerika (fünf Prozent). Die EU-Kommission betont aber, diese Zahlen seien "nur die Spitze des Eisbergs".